

»Dann mache ich meinen eigenen Kindergarten auf!«

Von Vera Bredova

»Bin allein mit viele Gadje¹ in Schule, Arbeit... meist das Gleiche – sie stehen zusammen und du bist draußen... Jetzt habe ich mich mittenrein gestellt und gesagt: Hallo, hier bin ich, ich bin unsichtbar! Ein paar haben gelacht, die meisten böse Miene aufgezogen«, schreibt ein 21-jähriger Roma.

Der Roma/Sinti Diskriminierungsbericht, den das *Roma Büro Freiburg* in Kooperation mit dem *Sinti-Verein Freiburg* schon im dritten Jahr herausgibt, macht genau das: Er versucht die Unsichtbarkeit zu überwinden, die Unsichtbarkeit der Kontinuität des Antiziganismus, der gravierenden Rassismus-Fälle und die der Menschen selbst. Der Text besteht aus persönlichen Berichten und analytischen Passagen. Er beinhaltet Kapitel über Arbeit, Öffentlichkeit, Polizei, Stadtverwaltung, Wohnen, Schule, Gesundheit und natürlich über den Ausnahmezustand wegen Covid 19, der z. B. Roma- und Sinti-Schulkinder besonders betraf. Er wurde in Zusammenarbeit vieler Menschen, mit Fallbeschreibungen (Zitaten aus Interviews, Gesprächen und der Beratungsarbeit) gesammelt und aufgezeichnet von Tomas Wald und gegengelesen von acht Personen aus den Communities und aus dem universitären Raum. Diesmal wurde für den Bericht zusätzlich die Studie *Weingarten: Die Bronx von Freiburg* von Professorin Dr. Uta Meier-Gräwe erstellt.

Bei dem Diskriminierungsbericht handelt es sich nicht um eine trockene soziologische Untersuchung mit Statistiken und Diagrammen, er liest sich eher wie ein Drehbuch für einen Dokumentarfilm und lässt bei aller Traurigkeit und der Ungerechtigkeit, die man entdeckt, sehr viel Zuversicht und Bewusstsein über ihre Rechte – vor allem bei der jungen Generation – spüren. So schreibt eine 16-jährige Sintiza, deutsche Bürgerin, über ihre Pläne:

»Wegen meinem Namen und meiner Adresse habe ich keinen Jahrespraktikums-Platz gefunden, ständig hieß es: schon vergeben. Jetzt aber über einen Bekannten. Und jetzt sind sie im Kindergarten richtig begeistert, wie ich Gemeinschaft mit den Kindern mache. Aber ich mach mir immer Gedanken, wenn ich keinen Job bekomme. Dann denk ich, mach ich Abitur und studiere und mach meinen eigenen Kindergarten auf. Warum? Mein Name ist Reinhardt, Wohnort Auggener Weg.«

► Diskriminierungsbericht und Studie als PDF: roma-buero-freiburg.eu



Unsichtbarkeit überwinden.
Foto: kwasibanane

Der Migrant*innenbeirat will mehr politischen Einfluss

Von Claire Désenfant, Yin Lin und Sofia Alemann

Der Migrant*innenbeirat der Stadt Freiburg (MMB) will seine Rolle in der Kommunalpolitik der Stadt klären und erweitern. Deswegen hat er nach seiner Konstituierung im Februar 2021 eine Arbeitsgruppe aus seiner Mitte gegründet, die entsprechende Forderungen erarbeitet und der Stadtverwaltung vorgelegt hat.

Derzeit beeinflusst der MMB die Kommunalpolitik über zwei Ausschüsse des Gemeinderats:

Er ist mit drei ständigen Vertretungen (sachkundige Einwohner*innen) im Ausschuss für Migration und Integration (MIA) aktiv. Dieser Ausschuss hat insgesamt 24 Mitglieder (der Oberbürgermeister, 16 Personen aus dem Gemeinderat und sieben sachkundige Bürger*innen). Der MMB hat also einen Stimmanteil von 1/8 in diesem Ausschuss, der Empfehlungen für den Gemeinderat erarbeitet.

Weiter ist der MMB mit einem Mitglied im Ausschuss für Schulen und Weiterbildung (ASW) vertreten. Diese Vertretung ist allerdings nur gelebte Praxis. Sie ist in keinem Regelwerk festgeschrieben, so dass sie theoretisch jederzeit vom Gemeinderat beendet werden könnte.

Nur über diese Ausschüsse hat der MMB die Möglichkeit, Eingaben in Form von Empfehlungen in den Gemeinderat zu tätigen, also lediglich indirekt und mit geringen Stimmanteilen.

Der neu gewählte MMB möchte einen größeren Einfluss auf die Kommunalpolitik bekommen, um die Interessen der Migrant*innen besser zu vertreten. Er will, dass seine Vertretung im ASW festgeschrieben wird, so dass er sie nicht so leicht verlieren kann. Er will aber auch geregelte Vertretungen in weiteren Ausschüssen. Migrant*innen sind Teil der Freiburger Bevölkerung. Als solche sollten sie ein Mitspracherecht bekommen bei allen Themen, die sie – wie deutsche Freiburger*innen – auch angehen, so bei Fragen des Sozialausschusses, des Bauausschusses, oder in den Bereichen Kultur, Mobilität sowie Klima- und Umweltschutz. Der MMB fragt sich, warum diese formale Einflussnahme in anderen Städten wie Mannheim, Tübingen, Karlsruhe oder Böblingen schon längst gegeben ist, aber nicht in Freiburg.

Die gesetzliche Sachlage wird derzeit geklärt. Die erste Stellungnahme der Stadtverwaltung liegt vor. Demnach würde das sogenannte Zwei-Gremien-Modell (MIA und MMB), welches spezifisch für Freiburg beschlossen wurde, dem Gesetz entsprechen. Außerdem könne der MMB sich inhaltlich über die Stadtverwaltung und das Amt für Migration und Integration einbringen.

Diese Möglichkeit der inhaltlichen Partizipation wird seitens des MMB zwar begrüßt, er will aber auch eine formale, seitens des Gemeinderats rechtlich festgeschriebene Einflussnahme, die darüber hinaus geht. Die Arbeitsgruppe des MMB will die Sachlage unabhängig prüfen lassen.